

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1914. Nr. 298.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

**Bezugspreis für Halle und Harzorte 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr.**  
Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Beilagen: Halle'scher Courrier (tägl. Postzeitung), 21. Unterhaltungsblatt (Sonntagsblätter), 2. Sonderausgabe, 2. Beilagen.  
Abbestellungsstelle, Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62  
Vertrieb: Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62

**Zweite Ausgabe**

**Anzeigenpreise** für die sechsgehaltene Solenzeitung oder deren Raum für Halle und den Harz 30 Pfennig, außerhalb des Harzes 40 Pfennig. — Bekannten ein Geschäft bei redaktionellen Zeitungsstellen 100 Pfennig. — Anzeigenpreise für die sechsgehaltene Halle (Saale) und bei allen bekannten Anzeigenstellen.

Verkaufsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62  
Fernruf 5108 u. 5109; Redaktionsfernruf 5110

**Sonntag, 28. Juni 1914.**

Verkaufsstelle in Berlin: Bernburger Straße 20  
Fernruf Amt Kurier Nr. 6290  
Druck und Verlag von Otto Ehrlich, Halle (Saale).

### Vieh- und Fleischpreise.

Aus den Verhandlungen des 37. Deutschen Fleischer-Verbandsrates in Danzig klingt so etwas wie Triumph heraus, daß die Preissteigerung über die Zustände im Vieh- und Fleischhandel den Fleischerstand im allgemeinen nicht belastet hat, und in dieser Stimmung sind der Öffentlichkeit allerlei Maßregeln gegeben worden, was auf diesem vielumrittenen Gebiete zu geschehen habe. Die Öffentlichkeit wird aufmerksam zu machen, dann aber selbst uns Wort bitten, denn auch sie hat mangelnde zu sagen. Die allgemeine Ansicht mag am Schluß der Erhebungen in der Tat dahin gegungen sein, daß infolge der ständigen steigenden Anforderungen des kaufenden Publikums der verfahrenstechnischen und sanitären Fortschritt, sowie der gebotenen Lebensführung eine Summe von kleinen Seiten entsteht, die verteuert werden muß, sich aber in keiner Form des Betriebes vermeiden läßt. Damit ist aber wirklich noch nicht gesagt, daß der vielgestaltige Zwischenhandel, durch dessen Hand das Fleisch auf dem Wege vom Stall zur Gabel geht, in alle Einzelheit zum Nachteil des Fleischverzehrs zu erhalten ist. Es scheint, als sei das verhängnisvolle Wort, das in Danzig gesprochen wurde, die Mahnung des früheren Reichstagsabgeordneten Rohlf gewesen, auf stabile Preise bedacht zu sein, bei denen der Landwirt, das Fleischerhandwerk und die Bevölkerung bestehen können. Der Weg zu diesem Ziele aber führt über die langfristigen Lieferungsverträge, und auf diesen gefunden Gedanken hat jetzt leider gar mancher Danziger Spottreden. Auf der dortigen Tagung herrschte überhaupt etwas viel Fatalismus und Bestimmtheit. Das Bestehende wurde, möchte es auch noch so laut nach Reformen rufen, als unabänderlich hingestellt und gleichseitig klagen. Was, wie unbedeutend gegenüber der Geschäftsfrage liege. Sol doch Vorkaufswesen nach der Allg. Fleischerei, allen Erstes eine Entscheidung begründet, nach der dem Ridigange des Fleischverbrauchs und dem zu geringen Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung entgegengetreten werden müsse. Dieser Fleischverbrauch betrug im Deutschen Reich im Jahre 1883 auf den Kopf 30 Kilogramm und war im Jahre 1911 auf 50 Kilogramm gekommen, wobei der Verbrauch an Wild und Geflügel nicht eingerechnet ist. Eine so beträchtliche Steigerung, daß man sie auch in Danzig hätte sehen können. Ein freudiges Hof auch dem Hrn. Reube. Er wollte die Allgemeinheit offenbar an die schmerzlichen Seiten einer lange zurückliegenden Vergangenheit erinnern, daß die Fleischpreisbildung ausnahmslos sich auf die jeweiligen Viehpreise stütze und Vieh- und Fleischpreise dauernd parallele Linien zögen. Damit ist der Weg der Reube-Wende aber auch schon beendet. Wenn er dann betonte, daß allein die Landwirtschaft auf die Fleischpreise Einfluß habe, so ist das für die Gegenwart wenn nicht ein gewollter, so doch ein ungewöhnlich hartnäckiger Irrtum. Herr Reube meint: „Wenn die Landwirtschaft nicht genügend Vieh produziert, so müssen die Vieh- und Fleischpreise hoch sein.“ Schön. Aber die Öffentlichkeit lebt den Gedankenangabe dahin fort: „Wenn die Landwirtschaft genügend Vieh produziert, wenn sie auch in Danzig hätte sehen können.“

Außerdem sind in Berlin etwa 5 Mark und in Frankfurt etwa 7,50 Mark niedriger. Die Kalberpreise waren in Köln etwa 6,50 Mark, in Berlin etwa 7,50 Mark, in Hamburg etwa 9 Mark und in Frankfurt etwa 11 Mark billiger. Die Schweinepreise sind gegen das Vorjahr etwa 21 bis 25 Mark niedriger. Trotzdem und trotz allem liegen in einzelnen Orten die Rindfleischpreise, müssen sich einzelne Orte höhere Kalbfleischpreise gefallen lassen, hatten einzelne Städte bedeutende Preiserrhöhungen beim Gammelfleisch, zeigen die Preise für Schweinefleisch, fast durchweg, zum Teil sehr erhebliche Aufschläge. Wo soll denn diese Anarchie in der Fleischpreisbildung eigentlich enden? Die Allgemeine Fleischerei, die durch den Bau, daß der Stadtrat zu Zweifeln die maßgebenden Ausschüsse berief, um über die Preisfrage zu beraten, mit denen billigen Schweinefleischpreisen zu erklären. Gleichmütig erwiderten die dortigen Fleischer, die stetig zunehmenden Geschäftsunföhen und die sich immer steigenden Ansprüche an die Qualität des Fleisches hindern eine Preisermäßigung, und in besser Empörung sprachen sie von dem Gedanken einer städtischen Fleischerei. Das Empörende an der Geschichte scheint aber nur das zu sein, daß nur so auffallend wenige Städte in dieser entscheidenden Zeit, die leicht eine Ermäßigung der großstädtlichen Fleischpreise erlangen könnten, sich um die bisher ausbleibenden Preisausgleich kümmern. Das Ideal der „Allg. Fleischerei“ ist die Politik des Gebenlassens, die bei den Fleischpreisen nach kurzen Verweilen immer neue Vergaltungen bringt. Wie lange wird man in Deutschland sich das noch gefallen lassen?

### In der Zweiten Kammer des bairischen Landtags

hat die rechtsstehende Vereinigung folgende Interpellation eingebracht:  
1. Ist es der Großherzoglichen Regierung bekannt, daß ausreicht die Preise für Schlachtvieh Tiere, namentlich Schweine, in Baden derzeit niedrig sind, daß sie die Produktionskosten kaum oder nicht lohnen, daß ferner der Absatz der schlachtbaren Tiere ausreicht in Baden ein durchaus ungenügender ist, während gleichzeitig grobe Mengen Schweine aus anderen Staaten eingeführt werden?  
2. Ist der Großherzoglichen Regierung bekannt, daß die Fleischpreise seit längerer Zeit höher sind, als sie nach Lage der Marktverhältnisse sein müßten, namentlich Schweinepreise, sein müßten?  
3. Welche Maßnahmen ist die Großherzogliche Regierung bereit zu ergreifen, um die sowohl die Volksernährung wie die produzierende Landwirtschaft in gleicher Weise ungenügend beeinflussenden Verhältnisse zu mildern oder zu beseitigen?

### Deutsches Reich.

#### Der rheinische Bauernverein gegen das Vorkaufsrecht.

Am 25. d. M. fand in Köln eine Tagung des Rheinischen Bauernvereins statt. Die Versammlung nahm die nachstehende Resolution einstimmig an:  
„Die am 25. Juni 1914 in der Sitzung der Deutschen Wertb.-Ausstellung zu Köln anlässlich der Agrarpolitischen Tagung der Reichs- und Vorkaufswesen verhandelten 1500 rheinischen Landwirte erklären in den Bestimmungen des Entwurfs zum Grundbesitzgesetz, die ein Vorkaufsrecht des Staates auf den ländlichen Grundbesitz einführen wollen, einen schweren Eingriff in die verfassungsgemäß gewährleistete Unverletzlichkeit des Privateigentums und in die freie Verfügung des Besitzers über den ihm gebührenden Grund und Boden. Sie vermögen nicht einzusehen, daß zu der an sich gewinnlichen Sicherung der inneren Kolonisation eine tiefenstehende, die gesamten Eigentumsverhältnisse umwälzende, in ihren Folgen und Konsequenzen unübersehbare Maßnahme notwendig ist, und lehnen deshalb ein Vorkaufsrecht des Staates auf den ländlichen Grund und Boden entschieden ab. Insbesondere erheben sie Protest gegen die Befugnisse der zur Beratung des Entwurfs eingesetzten Kommission des Abgeordnetenhauses, nach 1. das Vorkaufsrecht auf die im Entwurf ausgenommenen Provinzen Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau ausgedehnt werden soll, 2. das Vorkaufsrecht auf alle Güter bis zu einer Größe von 5 Hektar als untere Grenze, mitteln ab nahezu den gesamten ländlichen Grundbesitz erwidert werden soll, 3. das Vorkaufsrecht auch an kommunalen Verbänden, gemeinnützigen Anstaltsgesellschaften usw. verliehen werden soll. Zu der Entwürfen über die hierdurch dem Bauernstand drohende untragliche Bevormundung, wie sie keinem anderen Stande zugemutet wird, gefell sich die Sorge um die Gefährdung dieser Grundsätze, weil die als unantastbare Folge des Vorkaufses des Staates auf ländlichen Grundbesitz zu erwartende Unsicherheit im Grundbesitzverhältnisse, zu einer Entwertung des Grund und Bodens, und damit letzten Endes zu einer Minderung der Kreditfähigkeit der Besitzer führen muß. Die Versammlung rheinischer Landwirte aus allen Teilen der Provinz richtet an Regierung und Landtag die dringende Bitte um die Einführung eines Vorkaufses auf ländlichen Grund und Boden überhaupt abzusehen zu wollen. Sie spricht namentlich auch die sichere Erwartung aus, daß die rheinischen Herren Vertreter im Landtage ihre warmen Stimme gegen die geplanten, den ganzen Bauernstand nachteilig berührende und materiell schwer schädigende Maßnahme erheben werden.“

**Erledigung einer Reihe wichtiger Vorlagen im Bundesrat.**  
In der Freitag-Sitzung des Bundesrats wurde der Vorlage betreffend die fernere Amtsbau der gegenwärtigen Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitgeber bei den Organen der Krantentassen zugestimmt. Weislich gefügt wurde über die Wahl von höheren Beamten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte über die Befugnis einer Weislichstelle beim Reichsversicherungsamt, über die Befugnis einer Reichsgerichtsstelle und über die Wahl von Mitgliedern des Reichsgerichtsrates. Zur Annahme gelangte die Vorlage betreffend die Neuwahl der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts aus dem Stande der Arbeitgeber und der Arbeiter, die Veränderung des § 1 der Bestimmungen betreffend allgemeine politische Bestimmungen über die Stellung von Land- und von Schiffsdampffesseln vom 27. Dezember 1908, die Änderungen und Ergänzungen der Bauvorschriften für Schiffsdampffessel sowie der Materialvorschriften für Land- und für Schiffsdampffessel, die Vorlage betreffend Veränderung der Bestimmungen zur Ausführung des Weingebietes, die Vorlage betreffend die Ausdehnung der von den amerikanischen Annehmern für Kalifornien im Jahre 1910 gestellten Abgaben und die Vorlage betreffend die Unterhaltung von Reichsdampffischereiverbindungen mit den Schutzgebieten und der Südpole. Des weiteren wurde Weislich gefügt über die Vorlage betreffend die Änderung über den Haushalt der arizonischen Schutzgebiete, des Schutzgebietes Neu-Guinea, der Verwaltung der Karolinen, Palau, Marianen und Marshall-Inseln sowie des Schutzgebietes Samoa für 1907, die Vorlage betreffend Haushaltrechnung für die Schutzgebiete ausschließlich Kanakland für das Rechnungsjahr 1909, die Vorlage betreffend die Haushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1909, die Vorlage betreffend die Haushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1911, die Vorlage betreffend die Haushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1908, die Vorlage betreffend die Haushaltsrechnung über den Haushalt der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1909, die Vorlage betreffend die Haushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1909, die Vorlage betreffend die Haushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1911, die Vorlage betreffend die Haushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1912, die Vorlage betreffend die Haushaltsrechnung über den Haushalt des Schutzgebietes Kanakland für das Rechnungsjahr 1908, 1909 und 1907, und die Vorlage betreffend die Haushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1908.

#### Die Abmachungen des Herrn Radhoff zu den Weite.

Zu der Art, wie Herr Radhoff die Weite sich gegenüber der Erklärung des „Genossen“ Weims herauszureden ließ, schreibt die „Nationalistische Zeitung“:  
„Die gesamte nationalliberale Partei hat einbringen des Interesses daran, daß die Weite sich nicht, nachdem am 28. März im Reichstag ein Antrag angenommen, der daran erinnerte, daß ein Eingehen auf sozialdemokratische Stichworte in den Verhandlungen der nationalliberalen Partei nicht vereinbar ist. Das Ansehen der nationalliberalen Partei erfordert es, daß der Weite sich nicht, nachdem am 28. März im Reichstag ein Antrag angenommen, der daran erinnerte, daß ein Eingehen auf sozialdemokratische Stichworte in den Verhandlungen der nationalliberalen Partei nicht vereinbar ist. Das Ansehen der nationalliberalen Partei erfordert es, daß der Weite sich nicht, nachdem am 28. März im Reichstag ein Antrag angenommen, der daran erinnerte, daß ein Eingehen auf sozialdemokratische Stichworte in den Verhandlungen der nationalliberalen Partei nicht vereinbar ist.“

#### Kleinere politische Nachrichten.

**Preis- und Provinzialabgaben.** Die 13. Kommission des Abgeordnetenhauses beriet am Freitag die Bestimmungen des Preis- und Provinzialabgabengesetzes. Eine nennenswerte Erörterung knüpfte sich nur an einen aus 7 vorliegenden Antrag der Konfessionen. Dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Die im Kommunalabgabengesetz beschlossenen prinzipiellen Veränderungen wurden, obwohl sich die Regierung dagegen ausgesprochen hatte, von der Weite als auch für das Preis- und Provinzialabgabengesetz gefasst, beschlossen. Damit ist die erste Lesung aus dieses Gesetzes beendet. In der nächsten Woche wird sich die Kommission mit dem Wertzuwachssteuergesetz beschäftigen.  
**Dem bekannten Barren Nieborowski** war von der bishöflichen Weite, so Weslitz das Finken eines Barrens begehrt worden. Der Barren hat jedoch den Antrag zurückgezogen und dabei das Verbot seiner vorgelegten Beförderung in einer Form kritisiert, die von der „Schlef. Volksztg.“ als geradezu unerträglich bezeichnet wird. Man darf auf den Ausgang dieses Zwistes gespannt sein.  
**Das Bismarckgesetz.** Die 16. Kommission des Abgeordnetenhauses führte am Freitag die Beratung des § 14 des Bismarckgesetzes und der dazu vorliegenden Vorträge fort. Der Entwurf tritt Zustimmung darüber, inwiefern das Herberbetungsgesetz zu erwidern ist, sowohl hinsichtlich der Personen, denen es zuzuführen ist, als hinsichtlich der Verhältnisse, die dabei beachtet werden sollen. Die Zustimmung wurde verweigert. Zu § 15 des Entwurfs liegen Änderungsanträge von konservativer, nationalliberaler und Zentrumseite vor. Vor Abfassung der Beschlußfassung vertagte sich die Kommission auf nächsten Dienstag.

#### Ausland.

**Die albanischen Rebellen wünschen Sorsicherung der Verhandlungen.**  
Durazzo, 26. Juni, nachmittags.  
Melbung des Wiener A. S. Telegraphen-Büro: Die Nacht und der Vormittag verliefen ruhig; der geplante Artillerieangriff auf Durrës des Fürsten unterblieb, nur die bereits vor dessen Kundgabe mit Ingenieuren Gabelier in der Richtung auf Skopja ausgelassene „Geronovina“ gab einen Stoß auf die dortigen Stellungen des













Gedenktage.

- 1746. Der Jugendstiltheater-Jugend Heinrich Campe geboren.
1779. Der Philosoph Johann Gottlieb Fichte geboren.
1817. Der Dichter Ernst Schulze (Die bunte Rose) gest.
1881. Der preussische Staatsmann Friedrich von Stein geboren.
1884. Erhebung Alßens durch die Preußen.
1886. Ausscheidung der hannoverschen Armee bei Langensalza.
1904. Der preussische Reichstag.
1904. Der preussische Reichstag.
1904. Der preussische Reichstag.
1904. Der preussische Reichstag.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Armeeinstruktion für Herzog Georg von Meiningen.
Zu Ehren des verstorbenen Herzogs Georg II. von Meiningen, Generals der Infanterie, bisherigen Oberst des 2. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 82 und des 6. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 95, wird durch Allerhöchste Kabinetts-Order bestimmt:

Die Offiziere der Standorte des Herzogtums Sachsen-Meiningen schliessen sich der Armeeinstruktion an. Die Offiziere des Regimentsstabes, des 1. und 3. Bataillons des 2. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 82 legen auf acht Tage Trauer an. An den Truenerfeierlichkeiten nehmen teil: der kommandierende General des 11. Bataillons des 2. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 82, die Garnison Meiningen nach den Wünschen des Herzoglichen Hauses bzw. der Herzoglichen Regierung.

Die Thronfolge in Sachsen-Meiningen und Sildburghausen.

Mit dem Hinscheiden des preisen Herzogs Georg II. ist dessen ältester und ältester einziger Sohn erlosch. Er, der jüngste Erbprinz Bernhard, der Schwaiger Kaiser Wilhelm II. regierender Herzog geworden. Herzog Bernhard hat bekanntlich keinen Sohn, sondern nur eine Tochter, die mit dem Prinzen Georg XXX. Keuz jüngere Linie vermählte Prinzessin Feodora. Am Herzogtum Sachsen-Meiningen und Sildburghausen hat die Prinzessin Feodora keinen Sohn, sondern nur eine Tochter, die mit dem Prinzen Georg XXX. Keuz jüngere Linie vermählte Prinzessin Feodora. Am Herzogtum Sachsen-Meiningen und Sildburghausen hat die Prinzessin Feodora keinen Sohn, sondern nur eine Tochter, die mit dem Prinzen Georg XXX. Keuz jüngere Linie vermählte Prinzessin Feodora.

Gelände statt, welches begrenzt wird durch die Ockerbüchel Brudorf, Mühlentisch, Dieslau und den Höhenrücken von Raumborf nach der Südseite. Die Ockerbüchel von Brudorf und Dieslau waren hier besetzt. Durch Patrouillen im Vorgelände fanden die feindlichen Truppen bald Fühlung miteinander, so dass kleine Zusammenstöße vorkamen. Ein konzentrischer Angriff mit lebhaftem Gewehrfeuer fand bei Brudorf statt, bei dem nach 1/2 1/2 Uhr der Kampf. Da durch die Signale auf dem Höhenrücken Raumborf-Südost, durch vorausgeschickte Nachrichten ausgeführt, starke binäherende Truppen beordert wurden, mußte die Wehrleitung der Hebramatt weichen, worauf die Stellung die schließliche Vorkampfstellung bereitete, abgebrochen und der Rückmarsch angetreten wurde.

Dammendorf (Weinberg), 27. Juni. (Einführung des Hochfurts). Der hier am Montag vom Vaterländischen Frauenverein des Saalkreises unter Leitung der Kochschlerin Pauline Raumann ein Leben gerufener Hochfurcht mußte auf Verlangen des Königlich Landratsamtes zu Halle a. d. S. wegen der im höchsten Orte größtenteils Maul- und Stauenseuche bis auf weiteres wieder eingestellt werden.

Z. Annaburg, 27. Juni. (Fortschritte). In dieser Woche fand für sämtliche Oberförster, Forstliche Inspektoren und Oberförster der Provinz Sachsen in Weitzen eine dienstliche Besprechung statt. In Verbindung mit den Beratungen stand eine Besichtigungsfahrt nach Annaburg. Mittels Sonderzuges trafen Freitag vormittag 8 1/2 Uhr 52 höhere Forstbeamte der Provinz Sachsen auf unserem Bahnhof ein. Speisendeckelung wurde in der Halle in die Wohnung der großen Oberförster Annaburg. Hier wurden die nach der Besichtigungsfahrt angelegten Pläne des Saalkreises Weitzen eingesehen in Augenlicht genommen. Dann folgte die Besichtigung des in der Oberförster aufgestellten Feuerortes an der alten Zargauer Straße. Nach einer Besichtigung der in der Höhe des Weitzenhörs gelegenen Kriegerdenkmäler wurden die Herren mit dem Radmitzogsitzer nach Weitzenburg gerufen.

Esp. Wittenberg, 26. Juni. (Der Sehrgang für weibliche Jugendpflege). Den der Wagn. Verband zur Pflege der weiblichen Jugend vom 15. bis 19. Juni in Wittenberg veranstaltete, hat den etwa 900 Teilnehmerinnen, vorwiegend Damen, mit einem reichhaltigen Programm wieder viel Anregung und Vertiefung gegeben und neue Kenntnisse vermittelt können. In mehr als 20 Vorträgen und Ansprachen wurden die mannigfachen Aufgaben der evangelischen Jungfrauenvereine innerhalb von Katastrophal-Gemeinde, Familie wie auf dem Gebiet der Erziehung und Erziehung. Bei aller Vielfältigkeit dürfte das hohe Ziel, die Heranbildung arbeitsfähiger Persönlichkeiten, nicht aus dem Auge verloren werden. Ein dreizehnstündiger Vortrag über Seelenkunde und Pflege der weiblichen Jugend stellte sehr und überzeugend die Wichtigkeit der Seelenkunde dar. Unverkennbar wurde es gütlich zu studieren und zu lernen. Die „Deutsche Volksbildung“ führte zu lebhaftem Besprechung, Turnübungen und -Spiele wurden vorbereitet. Frische Landluft durchweichte den Sinnen bei den Vorträgen über Pflege der Jungfrauenvereine. Die Teilnehmerinnen wurden durch die Teilnehmerinnen ländliche Vereine erlangten Besprechungen ländliche Verhältnisse. Das Diakonissenwerk der Frauenvereine fürs Ausland, das fähig eingeweihte neue Karabinerinnen, das den Kursteilnehmer einen so warmen Empfang, freundliche Aufnahme und Verpflegung und nach geistiger Erquickung bei, hängig machen, um sich das Wohlwollen von allen möglichen Seiten zu erwerben.

Kongresse und Ausstellungen.

40. Deutscher Vernetzung. Der rund 3000 Mitglieder umfassende Deutsche Vernetzung-Verein trat am 25. Juni in München zu dem 40. Deutschen Vernetzung auf. Die Tagung hielt unter dem Vorsitz von Sanitätsrat Hartmann (Leipzig). Unter den Teilnehmern befindet sich auch Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern, der sich als Vornachfolger eines Namen genannt. Die Verhandlungen sind der Vernetzung Abteilung des Deutschen Vernetzungsbundes, dem sogenannten Leipziger Verbande gewidmet. - Vertreter aus dem Osten erklärten, daß es mit der Ostmarkenzugabe eine sehr eigenartige Sache sei. Von einer Seite wurde betont, daß die Anwesenheit dieser Zugabe sei unzulässig, und dem sie würde nicht ausbleiben, sondern aus politischen Gründen gegeben. - Von anderer Seite wurde erklärt, daß die Ostmarkenzugabe sehr viel Reiches für den Arzt habe. Im die 1200 oder 800 M. zu bekommen, müsse der Arzt viele Mühen machen, um sich das Wohlwollen von allen möglichen Seiten zu erwerben.

Unter dem Vorsitz des Sanitätsrats Dr. Dippe (Leipzig) begannen am 26. Juni die öffentlichen Verhandlungen des 40. Deutschen Vernetzung. Der Vorsitzende eröffnete die Beratungen mit einer Eröffnungsrede, in der er auf die Bedeutung des vergangenen Jahres hinwies und die Ereignisse seit dem außerordentlichen Vernetzung in Berlin beleuchtete. Als nächste Aufgabe der Vernetzung bezeichnete er den Kampf gegen die Kurpfuscherei. Als Vertreter des Vaterländischen Vernetzungsbundes des Innern und zugleich im Namen der Medizinischen Abteilung des preussischen Ministeriums des Innern begrüssen Geh. Medizinalrat Professor Dr. Dieudonné und im Namen der Stadt der Oberbürgermeister von München Geheimrat Dr. Ritter von Borzich den Vernetzung. Nach Erhaltung des Geschäfts- und Vernetzungsbüros, sprach Dr. Hartmann (Leipzig) über: Die Lage nach dem Vernetzung aufgenommen. Nach längerer Aussprache wird eine Entschädigung angenommen, die es der Bundesvereinen, den Kaiserlichen Anstalten, Organisationen und den Sektionen der Ortsgruppen der vernetzunglichen Vernetzung des Innern und zugleich im Namen der Medizinischen Abteilung des preussischen Ministeriums des Innern begrüssen Geh. Medizinalrat Professor Dr. Dieudonné und im Namen der Stadt der Oberbürgermeister von München Geheimrat Dr. Ritter von Borzich den Vernetzung. Nach Erhaltung des Geschäfts- und Vernetzungsbüros, sprach Dr. Hartmann (Leipzig) über: Die Lage nach dem Vernetzung aufgenommen. Nach längerer Aussprache wird eine Entschädigung angenommen, die es der Bundesvereinen, den Kaiserlichen Anstalten, Organisationen und den Sektionen der Ortsgruppen der vernetzunglichen Vernetzung des Innern und zugleich im Namen der Medizinischen Abteilung des preussischen Ministeriums des Innern begrüssen Geh. Medizinalrat Professor Dr. Dieudonné und im Namen der Stadt der Oberbürgermeister von München Geheimrat Dr. Ritter von Borzich den Vernetzung.

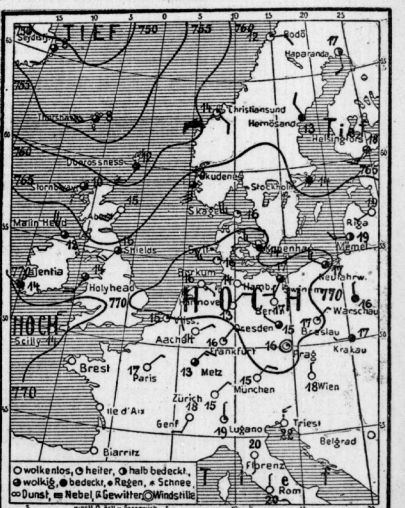
Reichsversicherungsordnung in dem Sinne geändert werden soll, daß die Versicherenden nicht unbegrenzten Anspruch auf freie Behandlung haben, sondern daß sie auch einen kleinen Bruchteil an zahlen sollen, damit sie nicht wegen jeder Kleinigkeit die Mittel der Kasse in Anspruch nehmen. Hierfür berätigt Dr. Franz (Schmidt) über die Tätigkeit der Kurpfuscherei-Kommission. Er beantragte, im Sinne des Geschäftsbereichs des Bundesbeitrags um 1 M. zu erhöhen, um der Schädigung durch die Kurpfuscherei besser Vorzüge leisten zu können. Nach einer Pause berätigt Professor Dr. Penhoff (Berlin) über die Tätigkeit der Kurpfuscherei-Kommission. Er beantragte, im Sinne des Geschäftsbereichs des Bundesbeitrags um 1 M. zu erhöhen, um der Schädigung durch die Kurpfuscherei besser Vorzüge leisten zu können. Nach einer Pause berätigt Professor Dr. Penhoff (Berlin) über die Tätigkeit der Kurpfuscherei-Kommission.

Dieser Antrag hat bereits dem Vernetzung in Oberfeld vorgelegen. Namentlich die Organisation Leipzig-Vand bemüht sich bereits seit 1910, eine Regelung dieser Angelegenheit herbeizuführen. Schließlich wurde beschlossen, Material in dieser Frage zu sammeln und dem diesjährigen Vernetzung Bericht zu ermitteln. Wehner bringt dann, sich befeuernd, einige Fälle zur Sprache, und rät dem Versammlung die Annahme der von ihm gemeint mit dem Geschäftsbereich formulierten Leitgedanken. Die unentgeltliche ärztliche Tätigkeit bleibt eine Ehrenpflicht der deutschen Vernetzung, sie befreit aber den Schuldner von misbräuchlicher Ausnutzung. 2. Doch eine Unternehmung als „gemeinnützige“ bezeichnet wird, verlangt nach nicht die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Tätigkeit. 3. Allgemeine Vorbedingung für diese ist, daß der Zweck der Unternehmung nicht in dem Bereich beherrschender Leistungen besteht und daß die Unternehmung ihre Leistungen ohne oder nur gegen Entgelt gewährt. 4. Im Einzelfalle ist die Unentgeltlichkeit von der Besonderheit der Unternehmung und der Besonderheit der ärztlichen Tätigkeit abhängig zu machen. 5. Unentgeltlich begründete Sonderheit ist annehmen bei der Besonderheit fremdlicher Krankenpflege im Kriege, bei den Sanitäts- und Hilfskolonnen vom roten Kreuz. 6. Wo immer ärztliche Unentgeltlichkeit erforderlich und ärztliche Tätigkeit auszuüben ist, ist immer die Verpflichtung von dem Auftrag gebenden Stellen und von den ausübenden Personen einzufordern, daß diese ärztliche Tätigkeit, insbesondere nicht im Sinne des § 570 der Reichsversicherungsordnung ausüben dürfen oder würden. 7. Im Einzelfalle ist die Frage, ob ärztliche Tätigkeit für ein gemeinnütziges Unternehmen unentgeltlich geleistet werden soll, der örtlichen Organelen der Vernetzung vorzulegen; gegen deren Entscheidung kann ein vom geschäftsführenden Aufsicht des Deutschen Vernetzungsbundes einzuholendes Gutachten gefordert werden. Nach längerer Aussprache werden alle Anträge zu diesem Punkte abgelehnt und die Leitgedanken des geschäftsführenden Aufsicht mit einigen relationalen Änderungen angenommen.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Mörder, die im November vorigen Jahres die beiden Kassenboten der Postkammer in Delmenhorst niederschlugen, haben 700 M. erhalten und dabei den Radfahrer seine Niederstufen, so daß er angeblich tot war, wurden nach fünfjähriger Verbannung vom Schwurgericht in Oldenburg zu je 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Es sind die Mörder Behning, Gebrüder Engelbert und Louis Schmidt.

Bericht der öffentlichen Wetterdienststelle.



Erklärung: Die Stellen auf der Karte (Hoch) befinden die Orte mit gleichem Barometerstand. Die Stellen geben die Temperaturen in Celsiusgraden, die Pfeile die Windrichtung und die Wellenlinie die Windstärke an.

Wetterübersicht.

Während das gestern früh bei Island bestimmte barometrische Minimum nach dem Nordweste, das Minimum von Schweden unter Berücksichtigung nach Finnland vorrückte, ist die östliche Hälfte des Hochdruckgebietes weit nordwärts vorgezogen. Am größten Teile Deutschlands haben sich infolgedessen die Winde nach Nordosten gedreht und ist während der letzten 24 Stunden das Wetter trocken und ziemlich heiter geblieben. Nur im äußersten Nordosten herrscht bei schwachen Westwinden am Morgen noch bewölkt Himmel. Temperatur sinkt in der klaren Nacht im Norden meist noch etwas tiefer als gestern beobachtet.

Mittwoch, den 1. Juli, beginnt unser grosser

Sason Ausverkauf in Damen-Konfektion. Engel-Freund & Co. Nur modernste Waren zu kaum gläublich niedrigen Preisen.



